

20.6.2009

linth24.ch

<http://www.linth24.ch/lokale-informationen/gemeinden/rapperswil-jona/conf/f97d3460ce/news/aktuell/stadtrat-soll-auf-seite-der-bevoelkerung-steinen.htm>

„Stadtrat soll auf Seite der Bevölkerung stehen“

Von: Nadine Rydzyk

Auf dem Gemeindegebiet von Rapperswil-Jona stehen derzeit 27 Mobilfunkantennen. Zu viel, meint man seitens der Ortsgruppe für einen sinnvollen Umgang mit Mobilfunk SUMM, der SVP-Ortspartei und neu auch der IG Antenne Nuxo, welche sich aufgrund der Vorhaben im Hanfländerquartier formiert hat. So herrsche derzeit eine 800%-igen und damit überdimensionierte Abdeckung.



Möchten auch im Stadthaus Gehör für die Belange der Bevölkerung zu Mobilfunkfragen erwirken (v. links): Barbara Keller-Inhelder, Vesna Charlotte Despot und Jürg Grest. (Bild: nry)

Am Brauereiweg soll die dort befindliche Mobilfunkantenne zugunsten von 32 Eigentumswohnungen demontiert und am Rand des Grundstückes neu aufgebaut werden. Damit würde die Antenne auf einem 20 Meter hohen Masten nur noch acht Meter vom nächsten Einfamilienhaus und einem Kinderspielplatzes zu stehen kommen. Seitens der Anwohnerschaft wird befürchtet, dass diese als vorübergehend deklarierte Lösung zu einem festen Standplatz werde. Ein Umstand, dem Vesna Charlotte Despot als Initiantin der IG Antenne Nuxo entgegen tritt. Innerhalb von zehn Tagen resultierten aus einer Handzettel-Aktion bei der angrenzenden Anwohnerschaft über 300 Einsprachen, welche „ein Spiegel der Meinung der Bevölkerung sind“, so Despot. Weiterhin bemühte sich die IG um ein Gutachten zur Einhaltung der Grenzwerte bei einem unabhängigen Institut und sah ihre Befürchtungen bestätigt: Statt der gesetzlichen Grenzwerte von 6 Volt/m liegen Werte von über 10 Volt/m vor, informierte Despot am Freitag, 19. Juni, vor den Medien. Grundsätzlich gilt: Hier würde es sich um ein Abbau einer Antenne und einen Neuaufbau handeln. Wir befinden uns in der Planungszone. Es darf kein Aufstellen mehr von Antennen von der Stadt gutgeheissen werden. Warum also das ganze aufwendige Prozedere? So die IG-Initiantin.

Uferlose Aufrüstung eindämmen

„Mittlerweile herrscht zehn Mal mehr Elektrosmog in der Schweiz als vor 20 Jahren,“ erläuterte Jürg Grest von der SUMM, welche das Anliegen der IG unterstützt. Besorgnis erregen vor allem die mit der Mobilfunkstrahlung in Verbindung gebrachten gesundheitlichen Störungen bei Mensch und Tier, wie er die Gründe des Engagements der Ortsgruppe ausführte. So sieht man einen Zusammenhang zwischen dem Anstieg der elektromagnetischen Strahlungen und den vermehrten Erkrankungen an Leukämie, Zellmembranstörungen, Unfruchtbarkeit usw. „Dabei würden die Handys auch noch funktionieren, wenn die Grenzwerte massiv herabgesetzt würden.“ (Derzeit gelten 40 – 60 V/m als Immissionsgrenzwert, bei Orten mit empfindlicher Nutzung gilt der Anlagengrenzwert von 4 – 6 V/m.) Die verschiedenen Anbieter und die neuen Technologien sorgen aber für eine immer weitere Aufstockung der Antennenanlagen. Wünschenswert wäre hingegen, dass die Sendepaneln von mehreren Betreibern genutzt und durch diese Zusammenfassungen eine Entlastung geschaffen würde, erklärte Grest einen möglichen Lösungsvorschlag.

Unabhängig von den umstrittenen gesundheitlichen Folgen der Strahlung durch Mobilfunkantennen bleibt aber die Grundsatzfrage nach den Wünschen der Bevölkerung. So stünde hier die Regulierung auf ein sinnvolles Mass im Vordergrund, weshalb die zentrale Forderung an den Stadtrat sei, den Gesetzesspielraum zugunsten der Bevölkerung auszuschöpfen. „Es geht nicht darum, die Handyantennen komplett abzuschaffen. Vielmehr wollen wir der uferlosen Ausbreitung Einhalt gebieten“, erklärte Grest. Zahlreiche andere Gemeinden seien hier mit positivem Beispiel voran gegangen und hätten gezeigt, dass dies möglich sei. „Es ist richtig, dass man einfach eine bestimmte Sendeleistung braucht, doch kann diese nicht beliebig erhöht werden.“ So war man sich einig, dass es auch auf nationaler Ebene einen Eingriff benötige und ein entsprechendes Kataster erstellt werden müsse, welches eine gleichmässig verteilte und im Rahmen des Sinnvollen angelegte Antennenverteilung reguliere. Doch zunächst erwartet man auf kommunaler Ebene ein Einsteigen der Behörden für die Belange der Bevölkerung. Die Einladung zur Medienkonferenz am gestrigen Freitag nahm Stadtrat Walter Domeisen nicht wahr, da man die rechtlichen Spielräume im Rahmen der Stadtplanung bereits vollumfänglich ausschöpfe und eben nur im Rahmen von Verfassung und Gesetz agieren könne. „Das Nichterscheinen der Gemeinde ist für mich ein Zeichen der Haltung gegenüber der Bevölkerung und die Bestätigung eines zahlreich in der Bevölkerung empfundenen Stadtratimages“, zeigte sich Despot aber enttäuscht.

„Das Volk ist die höchste Macht und nicht die Mobilfunkbetreiber“

„Bisherige Anträge und Gespräche mit den Stadtbehörden haben fast nichts gebracht“, so auch die nüchterne Bilanz Grests. Zwar dürfen mit der seit September 2007 gültigen Planungszone, welche auf eine Initiative der SVP hin erwirkt wurde, keine neuen Antennenanlagen errichtet werden, doch habe die Eingabe der umfangreichen Stellungnahme der SUMM zur Bau- und Zonenordnung keine Resonanz hervorgerufen. Deshalb reichte die SUMM im Februar dieses Jahres einen dringlichen Antrag zuhanden des Stadtrates ein, indem nochmals eine Verbesserung der Bauordnung verlangt wurde. Dieser wurde abgelehnt, weshalb die SUMM im April Einspruch gegen die Einführung des vorgeschlagenen Baureglements und die Natur- und Denkmalschutzverordnung einlegte. Am kommenden Montag wird man mit dem Stadtrat über die Einsprache verhandeln. „Wir sind nicht mehr bereit, uns mit schönen Worten abspesen zu lassen“, stellte Grest in Aussicht, dass man dringlich die Anpassung des Reglements hin zu einer Eindämmung der weiteren Aufrüstung bei den Mobilfunkantennen einfordern will.

Nicht zuletzt wurde mit dem Verhalten in dieser Frage auch die Glaubwürdigkeit des Stadtrates in Verbindung gebracht, der den Einbezug der Bevölkerung in die politischen Entscheidungen auf seine Fahnen geschrieben hat. Auch Barbara Keller-Inhelder als Mitglied der SUMM und der SVP verlangte in diesem Zusammenhang die Anerkennung der Tatsache, dass „das Volk die höchste Macht ist und nicht die Mobilfunkbetreiber.“ Deshalb forderte sie im Namen der Partei den Stadtrat auf, sich auf die Seite der Bevölkerung zu stellen und auch im Kantonsrat diese Belange zur Sprache zu bringen. In diesem Zusammenhang stellte sie in Aussicht, dass die SVP das Referendum ergreifen werde, sofern die Stadt ihrer Verpflichtung zum Schutz der Bevölkerung nicht nachkomme. Ein Schritt, welcher für die Stadt deutliche finanzielle und zeitliche Konsequenzen hätte. Seitens der IG Antenne Nuxo, der SUMM und der SVP sei man aber an einer konstruktiven Zusammenarbeit mit dem Stadtrat interessiert, liess man wissen.